



Antrag

der Abgeordneten **Christian Klingen, Gerd Mannes, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Uli Henkel, Jan Schiffers AfD**

Berichterstattung der Staatsregierung über die aktuelle Grundwasserqualität in Bayern unter besonderer Berücksichtigung der Nitratwerte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu folgenden Punkten dem Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz zu berichten:

1. Wo befinden sich die exakten Standorte der laut Landesamt für Umwelt (LfU) etwa 500 Messstellen für die Grundwasserüberwachung im Freistaat Bayern?
2. Nach welchen Kriterien wurden die Messstellen ausgesucht? Wie wird die Repräsentativität des Landesmessnetzes gewährleistet?
3. Ist es zutreffend, dass die Messstellen in Bayern überwiegend unter landwirtschaftlichen Flächen liegen (bitte zahlenmäßig spezifizieren)?
4. Welche Institutionen erheben die Messwerte und an wen werden die Daten weitergeleitet?
5. Wo liegt die Zuständigkeit für die finale Sammlung, Aufbereitung und Veröffentlichung der Daten?
6. In welchen Zeitabständen erfolgen die Messungen an den Messstellen in Bayern?
7. In welcher Tiefe werden die Proben für die Feststellung der Nitratbelastung entnommen?
8. Welche zusätzlichen Kosten für die Trinkwasseraufbereitung ist den bayerischen Wasserversorgern durch die Nitratbelastung in den vergangenen zehn Jahren entstanden?
9. Seit Inkrafttreten der neuen Düngeverordnung (DüV) im Jahr 2017 ist der Absatz von Mineraldünger signifikant zurückgegangen. Hat die Staatsregierung Kenntnis darüber, ob sich diese Entwicklung bereits positiv auf die Nitratbelastung des Grundwassers in Bayern ausgewirkt hat?
10. Wie beabsichtigt die Staatsregierung, ggf. im Bundesrat oder auf anderen Wegen, den von der EU-Kommission angedrohten weiteren Klagen und möglichen Strafzahlungen entgegenzutreten?

Begründung:

Wegen zu hoher Nitratwerte droht die EU Deutschland mit einer Klage. Da an manchen Orten in Deutschland die Nitratwerte so hoch sind, ist die EU-Kommission um die Wasserqualität in Deutschland besorgt und verlangt schärfere Gesetze in der Düngeverordnung.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte Deutschland im Juni 2018 verurteilt, weil an etlichen Stellen zu viel Nitrat im Grundwasser ist und damit EU-Regeln gebrochen werden. Das Nitrat stammt meist aus Düngern wie Gülle und kann im Übermaß für Umwelt, Tiere und Menschen schädlich sein. Die Bundesregierung hat die Regeln für Landwirte schon verschärft, aber aus Brüsseler Sicht nicht ausreichend.

Es geht um hohe Strafzahlungen, wenn die Bundesregierung nicht bald eine überzeugende Düngeregelung vorlegen kann. 857.000 Euro würden dann pro Tag bei Nichteinhaltung der Grenzwerte fällig.

Die Landwirte im gesamten Bundesgebiet sehen eine weitere Verschärfung der bestehenden Düngeverordnung kritisch. Bereits 2017 wurden die Regeln strenger gefasst.